

Jüdisch & intellektuell

Zu den verdoppelten Schwierigkeiten eines DDR-geschichtlichen Themas

**Peer Pasternack &
Georg Schuppener**
Wittenberg/Leipzig

Es gibt Themen, bei denen als erstes einfällt, daß sie „schwierig“ seien. Das gilt beispielsweise für das Thema *Juden in der DDR*. Es gibt auch Themen, bei denen manchen zwar „alles klar“ ist, während andere aber sie gern „problematisch“ nennen. Das gilt beispielsweise

für das Thema *Intellektuelle in der DDR*.¹ Unter dem Titel *Jüdische Intellektuelle in der DDR* kreuzen sich dann beide Gegenstände, womit hochkomplexe Verwerfungen naheliegen. Das Feld ist zerklüftet. Einzelne analytische Bemühungen suchen Wege zwischen der Topographie des Geländes einerseits und Tiefenbohrungen in den Sedimenten andererseits. Das Geröll aus Akten und Erinnerungen erschwert das Fixieren von Meßpunkten ebenso wie das Ansetzen der Diamantbohrer. Als zentrale Stichworte tauchen in den Debatten um die Intellektuellen in der DDR regelmäßig *Kritik, Einmischung, Resignation* sowie *Anpassung, Antifaschismus* und *Westemigration* auf, in den Debatten um Juden in der DDR *Remigration, Israel, Antizionismus, Antisemitismus* und wiederum *Anpassung, Antifaschismus* und *Westemigration*. Woher rührt das Image des Heiklen, das sowohl dem Thema ‘Juden in der DDR’ wie dem Thema ‘Die DDR und ihre Intellektuellen’ anhaftet?

Intellektuelle: Bildung, Kritik, Einmischung

Die Definitionsversuche des Intellektuellen machen sich in der einschlägigen Literatur insbesondere an drei Merkmalen fest: Bildung, Kritik und Einmischung. Bildung ist nach Mannheim das „vereinheitlichende soziologische Band zwischen den Intellektuellengruppen“: „Das Teilhaben am gemeinsamen Bildungsgut unterdrückt der Tendenz nach immer mehr die

¹ Vgl. exemplarisch die hso-Themenschwerpunkte „Sozialistische Intelligenz“, *hochschule ost* 3/1995, S. 7-107, und „Dialektik der Einpassung“, *hochschule ost* 2/1996, S. 7-107.

geburtsmäßig-ständischen, beruflichen, besitzmäßigen Differenzen und verbindet die einzelnen Gebildeten gerade im Zeichen dieser Bildung.“²

Bildung ermöglicht das, was für Dahrendorf die soziale Rolle des Intellektuellen vor allem anderen kennzeichne: der „selbständige und bewußte Umgang mit dem Wort“. Zwar würden alle Menschen „die Kraft des Wortes“ haben; wo dieser Umgang jedoch „selbständig“ und „bewußt“ werde, sei das Wort nicht mehr „reines Instrument von Verständigung“, „sondern Mittel des Ausdrucks von Realitäten und Überzeugungen“. Der selbständige Umgang mit dem Wort impliziere ein Stück Distanz von der Realität; das Wort symbolisiere sie.³ Mit dieser Distanz ist die entscheidende Voraussetzung für das nächste Merkmal benannt: Kritik.

„Kritik ist der Beruf des Intellektuellen“, so Rainer M. Lepsius. Dabei würde der Intellektuelle insbesondere zum „inkompetenten Kritiker“, indem er nämlich über außerhalb seiner Zuständigkeit liegende Dinge redet oder schreibt. Die Intellektuellen trügen definitionsgemäß keine Verantwortung für praktisches Handeln, und die Erfolgsaussicht ihres Tuns liege nicht etwa in der Ausführung ihrer Ideen, sondern „in der Störung des normalen Ablaufs der Dinge“.⁴

Hierin liegt ein erhebliches Konfliktpotential: Intellektuelle hinterfragen Dinge (Zustände, Strukturen, Prozesse), ohne eigens gefragt und berufen zu sein. Dies läßt sich auch mit dem Merkmal der kontinuierlichen Einmischung charakterisieren. Es kommt aus der französischen Intellektuellendebatte, die auf das Engagement Zolas in der Dreyfus-Affäre zurückgeht. So meint Améry, Fachkräfte würden nicht durch ihre fachliche Leistung zu Intellektuellen, „sondern weil sie, darüber hinaus, aktiv teilnehmen an der Polis“, und zitiert Louis Bodin: „engagiert sein und ein Intellektueller sein, ist ein Pleonasmus; der desengagierte Intellektuelle ist eine Illusion.“⁵

In der DDR nun war für eine eigenständige öffentliche wie kritische Funktion von Intellektuellen – bereits in der Theorie – kein Platz: insofern die SED aus dem überkommenen Anspruch, „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ zu

² Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, Frankfurt a.M. 1985, S. 135f.

³ Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 309.

⁴ Rainer M. Lepsius: *Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1/1964, S. 81f.

⁵ Jean Améry: *Jean Paul Satres Engagement*, in: Kurt Hoffmann (Hg.), *Macht und Ohnmacht der Intellektuellen*, Hamburg 1968, S. 79.

haben,⁶ gesamtgesellschaftlich einen auch geistigen – „ideologischen“ – Führungsanspruch ableitete. Die Folgen waren zunächst ganz praktisch, wie Land/Possekel mitteilen:

„Als typische Probleme des westeuropäischen Intellektuellen gelten die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Angelegenheiten im öffentlichen Diskurs und eine dafür erforderliche Distanz zu jedweder Macht. In staatssozialistischen Gesellschaften verhinderte die Monopolisierung der Kommunikationsmedien jedoch die Herausbildung einer für diesen Typ essentiellen gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Statt dessen bildeten sich voneinander mehr oder weniger isolierte, geschlossene Diskurse.“⁷

Immerhin aber: Es bildeten sich, wenn auch isoliert und geschlossen, Diskurse, also Kommunikationszusammenhänge außerhalb des staatsmonopolistisch vermachteten öffentlichen Raumes.

Intellektuelle, Juden und das kommunistische Projekt

Juden nun waren und sind traditionell stark repräsentiert unter den Intellektuellen. Die Jahrtausende alte Kultur der Schriftlichkeit hat ihre Spuren hinterlassen, ebenso die jahrhundertelange Ausgrenzung im christlichen Abendland aus nahezu allen manuellen Tätigkeiten von der Landwirtschaft bis zum zunftgebundenen Handwerkertum – so daß eine Form, der Ausgrenzung zu erwidern, darin bestand, den gesellschaftlichen Mauern die Freiheit des Wortes und des Intellekts entgegenzustellen. Die Juden waren – wie es in den „Elementen des Antisemitismus“ heißt – allzu lange in die Zirkulationssphäre eingesperrt, und daher wurden die Intellektuellen – neben dem Bankier – in dem Bild, das sich die „durch Herrschaft Verstümmelten“ von den Juden machten, deren Exponenten: Der Intellektuelle „scheint zu denken, was die anderen sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft“.⁸ Das sich dieserart äußernde Ressentiment richte sich freilich vornehmlich gegen Menschen, die das verdrängte Eigene repräsentieren. Der Haß gegen die Juden sei in Wahrheit ein Selbsthaß, Ausdruck eines „unglücklichen Bewußtseins“, das in den Juden verachte, was es selbst ersehne. Das projizierte Stereotyp trägt uneingestanden Züge versöhnten Daseins, „des Glückes ohne

⁶ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 4, Berlin (DDR) 1983, S. 474.

⁷ Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR. Kulturelle Identität und Umbruch, in: *Berliner Debatte Initial* 1/1992, S. 86.

⁸ Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Leipzig 1989, S. 194f.

Macht, des Lohnes ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein, der Religion ohne Mythos“.⁹

Die DDR war so sehr die Folge des nationalsozialistischen Zusammenbruchs, wie sie Kind des kommunistischen Aufbruchs eines Teiles der Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Sie hatte damit unter anderen zwei antisemitische und zwei kollektivistische Wurzeln – den russisch-sowjetstalinistischen wie den deutschen Antisemitismus und den nationalsozialistischen wie den orthodox-kommunistischen Kollektivismus. Das waren weder gute Voraussetzungen für die Integration von Intellektuellen noch für die von Juden. Wo solche trotzdem gelang, muß dies vor einem derartigen Hintergrund als umso bemerkenswerter gelten. Sie gelang freilich nicht durchgehend, und wo sie gelang, blieb diese Integration vielfach problematisch fragil.

Die DDR war von der programmatischen Selbstwahrnehmung her emanzipatorisch – allerdings nur für definierte Kollektive (Klassen, Schichten, Hausgemeinschaften...). Sie war also emanzipatorisch allein in den individuelle Emanzipation behindernden Grenzen des Kollektivismus, mithin der Zurichtung des Einzelnen auf eine dekretierte Norm hin. Daß solche Zurichtung – mitunter subtiler – auch in anderen modernen Gesellschaften anzutreffen ist, verringert nicht die sozialismusspezifische Differenz zwischen kommunistischem Anspruch und emanzipationseinschränkendem Alltag.

Für die Schwierigkeiten der DDR mit ihren Intellektuellen und mit (ihren wie anderen) Juden scheint es gemeinsame Gründe gegeben zu haben – und diese mußten gerade dann potenzierte Wirkungen zeitigen, sobald es sich um jüdische Intellektuelle handelte. Denn Intellektuelle wie Juden lebten – real oder im Bild, das man sich von ihnen machte – bereits Elemente der kommunistischen Verheißung, die sich im Begriff emanzipierter Autonomie verdichten lassen: die Inanspruchnahme der Abweichung von der kollektivistischen Norm, der freien Wahl von Bindungen, die man einzugehen gedenkt, der „Distanz von der Realität“ dank des Wortes oder der „Heimat ohne Grenzstein“. Solche emanzipierte Autonomie oder befreite Individualität hätte Intellektuelle wie Juden, erst recht sich als Juden verstehende Intellektuelle zu gleichsam natürlichen Verbündeten des kommunistischen Projekts machen müssen – des Projekts einer „Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.¹⁰ Doch waren es gerade diese Elemente der kommunistischen Verheißung, die der „Übergangsgesell-

⁹ Ebd., S. 222.

¹⁰ Karl Marx/Friedrich Engels: a.a.O., S. 482.

schaft“ (Volker Braun), die sich nie hat völlig frei machen können von kriegskommunistischen Dispositionen, suspekt erschienen.

Hierin scheint eine Hypothek zu liegen, mit der die DDR sich dauerhaft beladen hat, und die grundsätzlicher ist, als es die unterschiedlich interpretierbaren, von Michael Wolffsohn so genannten „antisemitischen Tatsachen“¹¹ sind.¹²

Der unbegriffene Holocaust

Die ideologisch fundamentierte Abwehr des Besonderen als normabweichend zeigte sich bereits in der Leugnung des besonderen Opfers. Statt als zentrales wurde der Holocaust in Geschichtswissenschaft und -politik der DDR als peripheres Phänomen des Nationalsozialismus behandelt;¹³ dies äußerte sich insbesondere darin, daß die Juden als eine Opfergruppe unter vielen behandelt wurden:¹⁴ Darin offenbarte sich die Unfähigkeit, im Rahmen einer dogmatisierten Ideologie zentrale Fragen aufzunehmen, die durch geschichtliche Entwicklung unabweisbar geworden waren. Innerhalb eines mechanisch-materialistischen Basis-Überbau-Modells und eines Fortschrittsaxioms, das nur ein gesetzmäßiges Voranschreiten vom Unvollkommenen zum Vollkommeneren kennt, war ein solcher Zivilisationsbruch unbehandelbar: Er läßt sich in diesem Erklärungsrahmen nicht stringent deuten. Es markierte dies die Leistungsgrenzen einer Gesellschaftstheorie, die ihre eigenen Grundannahmen nicht infragezustellen vermochte, aber parallel zu dieser Unfähigkeit in sich den unaufhaltsamen historischen Fortschritt zu Bewußtsein gekommen sah.

Daß der Holocaust in der DDR lediglich als Element eines den Kapitalismus radikalierenden Faschismus, nicht aber als zentraler Inhalt des deutschen Nationalsozialismus begriffen wurde, speiste sich aus verschiedenen Quellen. Zwei zentrale Legitimationsgründe des DDR-Systems waren es, die den Holocaust in den Hintergrund der historischen Wahrnehmung schoben. Zum einen: Die Betonung des in der Tat opferreichen

¹¹ Michael Wolffsohn: *Meine Juden – Eure Juden*, München/Zürich 1997, S. 118.

¹² Andreas Herzog dekliniert die einschlägigen Vorwürfe daraufhin durch, inwieweit sie statt durch antisemitische Einstellungen durch Interessen- und Machtkalküle begründet gewesen seien: vgl. seinen Beitrag in diesem Band.

¹³ Vgl. dazu Olaf Groehler: *Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: ders./Ulrich Herbert, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 41-66.

¹⁴ Vgl. z.B. eine entsprechende Auseinandersetzung von 1960 über die Konzeption der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, dargestellt bei: Karin Hartewig: *Jüdische Kommunisten in der DDR und ihr Verhältnis zu Israel*, in: Wolfgang Schwanitz (Hg.), *Jenseits der Legenden. Araber, Juden, Deutsche*, Berlin 1994, S. 125-127.

kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus bewirkte eine Hierarchisierung der Opfer – an der Spitze die kommunistischen Widerstandskämpfer, dann Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid, gefolgt von den 35 Millionen Kriegsoptionen, mit einigem Abstand der bürgerlich-aristokratisch-antikommunistische Widerstand im elften Jahr des Regimes, sodann die Juden als größte Gruppe der „passiven Opfer“, hernach Sinti und Roma, Behinderte, schließlich ganz am unteren Ende (und damit nie erwähnt) die Homosexuellen und die Zeugen Jehovas. Zum anderen: Der Mythos von den „gesunden Kräften des deutschen Volkes“, die das sozialistische Aufbauwerk vollbringen müßten, legte es nahe, von der – wie sich Martin Walser ausdrücken würde – „Dauerpräsentation unserer Schande“ abzusehen, soweit man damit an unterdessen unangenehme Alltagserinnerungen eben dieses Volkes rührte.

Doch ebenso dort, wo man sich ernsthaft bemühte, zu begreifen, was der Holocaust war,¹⁵ mußte man im Rahmen der in der DDR geltenden Prämissen scheitern. Denn auch dessen eigentliche Ursache – der Antisemitismus – war (und ist nach wie vor, etwa bei den russischen Nationalkommunisten), im Rahmen des Basis-Überbau-Schemas und der Fortschrittslogik nicht zu erfassen: Antisemitismus läßt sich weder als alleiniges Bewußtseinsphänomen begreifen, noch ist er linear aus sozialökonomischer Unterdrückung, Verelendung und Knechtschaft zu erklären.

Aporien in den Nachkriegshoffnungen und -entwicklungen

1945 waren die kommenden Verwerfungen noch nicht sichtbar. Sehr unterschiedlich sind insbesondere die Motive gewesen, die jüdische Menschen nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone bzw. später der DDR bleiben oder gerade dorthin als Remigranten zurückkehren ließen. Heimatbindung, vereinzelt auch Repatriierung, Hoffnung auf den Neuanfang, Hoffnung in den Sozialismus lassen sich hier nennen. Wichtig war vor allem die Hoffnung in ein besseres, nämlich sozialistisches Deutschland.

¹⁵ Hier muß insbesondere Kurt Pätzold genannt werden. Er war mit seiner frühzeitigen und intensiven Beschäftigung mit der Judenverfolgung (vgl. neben zahlreichen analytischen Publikationen – insbesondere: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung, Berlin [DDR] 1975 – die von ihm herausgegebene und in Massenaufgabe vertriebene Taschenbuch-Dokumentation von 1983: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983) eine Ausnahmeerscheinung unter den DDR-Historikern. Daß auch Pätzold dazu neigte, die funktionalen Zwecke überzubetonen, d.h. die Interessen des deutschen Großkapitals als Hauptursache der Judenverfolgung zu interpretieren, schmälert nicht sein Verdienst, die Judenverfolgung beharrlich und nicht lediglich als Randphänomen des Nationalsozialismus thematisiert zu haben.

Gerade diese Hoffnung weckt in der retrospektiven Sicht zwiespältige Gefühle. Wie konnte sich die Hoffnung auf einen Sozialismus stalinscher Prägung richten, der zwar einerseits vielen Verfolgten, auch Juden, Zuflucht geboten hatte und zur Zerschlagung des faschistischen Deutschland wesentlich beigetragen hatte, andererseits aber vor allem seit den 30er Jahren einen Großteil der eigenen intellektuellen Elite – und damit insbesondere auch Juden – physisch vernichtet hatte?¹⁶

Vor dem Hintergrund der ungeheuren Verbrechen des Nationalsozialismus wird das Ausblenden der Schattenseiten des Stalinismus zumindest erklärlich. Symptomatisch hierfür ist etwa die Einschätzung Victor Klemperers, der in seiner LTI Parallelen zwischen dem Sprachgebrauch im Nationalsozialismus und bei den sowjetischen Siegern bemerkt hatte: „... die deutsche Metapher weist in die Sklaverei, und die russische in die Freiheit“.¹⁷ Aus heutiger Sicht eine fatale Fehleinschätzung. Schon 1949 und Anfang der 50er Jahre ließen die Schauprozesse in einer Reihe von sozialistischen Ländern eine andere Realität erkennen.

Freilich: Wenn Größenordnungen eine Rolle bei Bewertungen spielen dürfen, dann ist darauf zu verweisen, daß es in der DDR keine vergleichbaren Schauprozesse gab, und daß der Prozeß, welcher mit antisemitischen Konnotationen behaftet war – gegen Paul Merker – anders als in Osteuropa nicht mit Todesurteil endete.

Was es gleichwohl gab, waren Parteiüberprüfungen, mit denen jüdische Kommunisten in den fünfziger Jahren überzogen worden waren, und die mit der Enthebung von exponierten Positionen endeten: etwa Jürgen Kuczynski, Wolfgang Langhoff, Rudolf Herrnstadt, Erich Jungmann, Alexander Abusch, Albert Norden, Hermann Axen oder Hanns Eisler und Gerhart Eisler. Leo Bauer, Bruno Goldammer und Lex Ende wurden aus der Partei ausgeschlossen.¹⁸ Anfang der 50er Jahre war die Situation von vielen Juden als außerordentlich bedrohlich empfunden worden, was zu einer deutlich verstärkten Fluchtbewegung führte. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden und SED-Volkskammerabgeordnete Julius Meyer etwa sah sich als zionistischen Agenten beschuldigt, konnte sich aber durch Flucht in Sicherheit bringen.

¹⁶ Vgl. Arno Lustiger: Rotbuch. Stalin und die Juden, Berlin 1998; desweiteren – über die Sowjetunion hinausgreifend und auch die Entwicklungen in Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei und DDR nach 1945 darstellend – Leonid Luks (Hg.): Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln 1998.

¹⁷ Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1990, S. 168.

¹⁸ Vgl. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 113ff.

Nicht nur die 50er, sondern auch die 60er und 70er Jahre waren von einem betonten Antizionismus in Verbindung mit einer dezidiert pro-arabischen Positionierung der DDR geprägt: Beides wiederum wurde nicht aktiv immunisiert gegen den darin potentiell enthaltenen Antisemitismus, so daß die Ressentiments sich denn auch mitunter offen entfalten.¹⁹ Hier trifft der Beobachter auch wieder auf Wirkungen der defizitäreren Faschismus-Analyse: Da der Antisemitismus nie als zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Kultur in Deutschland reflektiert worden war und insofern keine Sensibilität für entsprechende Unterströmungen entwickelt wurde, mangelte es vielen Angehörigen der politischen Elite auch schlicht an der Fähigkeit, in der pro-arabischen Positionierung die latent antisemitische Komponente erkennen zu können.²⁰

Jüdische Intellektuelle haben das sensibel registriert. Helmut Eschwege, jüdischer Historiker in Dresden, überliefert ein vergleichsweise kleines Erlebnis, in dem sich die Alltagsdimension dessen offenbarte. 1967 hatte Eschwege mit dem Dresdner Verlag der Kunst einen Vorvertrag für einen Band „Synagogen in Deutschland“ abschließen können und entsprechende Recherchen gestartet. Unter anderem erbat er bei der Stadtverwaltung Mühlhausen (Bezirk Erfurt) eine Abbildung der dort früher gestandenen Synagoge. Das Büro des Bürgermeisters leitete das Schreiben an den Rat des Bezirkes Erfurt weiter, wo die Abteilung Inneres damit befaßt wurde. Diese forderte den Historiker auf, ergänzende Unterlagen und den Auftrag für seine Arbeit beizubringen, um dann eine Entscheidung fällen zu können. Eschwege schrieb im Januar 1968 zurück:

„Ich bestätige Ihre Antwort vom o.Dt. Als Bürger der DDR habe ich volles Verständnis, daß Mißtrauen die Grundlage der Leitungstätigkeit Ihres Ressorts bildet. Doch möchte ich Sie insoweit beruhigen, als ich das erbetene Foto der ehemaligen Synagoge von Mühlhausen weder zur Unterstützung der israelischen Regierung noch zur Militärspionage benötige. Meine Absicht, ein Buch über die ehemaligen Synagogen in Deutschland herauszugeben, wird vom Staatssekretariat für Kirchenfragen unterstützt... Ich selbst bin Mitarbeiter am Institut für

¹⁹ Vgl. die Beispiele, die Esther Jonas-Martin und Lothar Mertens in ihrem Beitrag: Intellektuelle in den Jüdischen Gemeinden in der Frühphase der DDR, in diesem Band, anführen.

²⁰ Daß es diesbezüglich auch andernorts analytische Schwächen gab und gibt – etwa in weiten Teilen der westdeutschen 68er und nach-68er Linken –, sei hier wenigstens erwähnt, ebenso daß ohne solche Schwächen die Heftigkeit der Goldhagen-Kontroverse nicht zu erklären ist. (Vgl. dazu den instruktiven Exkurs von Lars Rensmann: „Zorn von alttestamentarischem Atem“. Reflexionen zur politischen Psychologie der Goldhagen-Debatte, in: ders., Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg 1998, S. 336-360) Am Ende des Beitrags kommen wir noch einmal auf die andernorts anzutreffenden Defizite zurück.

*Marxismus-Leninismus an der Technischen Universität Dresden. Nachdem mir von einem Archiv ehemaliger deutscher Juden im Ausland Fotos der ehemaligen Synagoge in Mühlhausen angeboten wurden, wollte ich versuchen, um dem Staat Devisen zu sparen, von dieser Stadt das Foto direkt anzufordern. Wahrscheinlich hätte der Bürgermeister vernünftiger gehandelt, wenn er die Beantwortung meines Schreibens seinem Stadtmuseum oder Stadtarchivar zur Erledigung übergeben hätte. Die Übersendung meines Schreibens an Ihre Dienststelle beweist, daß dieser Kollege alles, was mit Juden zu tun hat, in einen Topf mit Israel wirft, als feindliche Betätigung ansieht und Ihrer Stelle zur 'Erledigung' übergibt. Mit freundlichem Gruß!*²¹

Als 1967, nach Ausbruch des Sechstagekrieges, Albert Norden im Auftrag des SED-Politbüros Unterschriften unter einer „Erklärung von Bürgern der DDR jüdischer Herkunft“²² sammelte, stieß er teils auf Unbehagen und Empörung. Er berichtete an Walter Ulbricht:

„Nachdem ich die Erklärung formuliert hatte, ließ ich gestern abend und heute vormittag durch den Nationalrat Unterschriften organisieren. Dabei zeigten sich bei einer Reihe von Personen, auch Mitgliedern der SED, ernste Schwankungen. So lehnten Prof. Kamnitzer und Peter Edel die Unterschrift ab und erklärten, sie würden versuchen, eine eigene Erklärung zu formulieren, mit der sie freilich bis zum späten Nachmittag nicht fertig geworden sind. Die bekannte Sängerin Lin Jaldati berief sich bei ihrer Ablehnung auf die Reden des Leiters der palästinensischen 'Befreiungsarmee' (Schukeiri), der die Vernichtung der Juden predige. Der Präsident des Verbandes Jüdischer Gemeinden, Helmut Aris, erklärte zur Begründung seiner Weigerung: 'Für uns ist es ein schwieriges Problem: Damals sind unsere Brüder und Schwestern in Deutschland ermordet worden, und heute lassen sie wieder ihr Leben im Nahen Osten.' Arnold Zweig hat rundheraus erklärt, daß er mit dem Inhalt der Erklärung prinzipiell nicht einverstanden sei. Das ist angesichts seiner althergebrachten prozionistischen Einstellung nicht erstaunlich.“²³

Noch aus dem Jahre 1982 wird ein ähnliches Ansinnen, sich öffentlich anti-israelisch zu erklären, erinnert. Der oben bereits zitierte Helmut Eschwege berichtet:

„Als mich die Fakultät Philosophie der Technischen Universität Dresden 1982 für den Universitätspreis vorgeschlagen hatte, verlangte der Kreissekretär der SED an der TU von mir die Verurteilung Israels und seiner Politik. Da diese nicht wie gewünscht ausfiel, lehnte der Senat der Universitätsleitung die Verleihung des Preises an mich einstimmig ab, weil ich seiner unwürdig war. Meine Erklärung für den Kreissekretär wurde damals von allen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in der DDR – ich hatte sie ihnen zugesandt – befürwortet. Die

²¹ Helmut Eschwege: *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*, Berlin 1991, S. 217f.

²² abgedruckt in: *Neues Deutschland*, 9.6.1967.

²³ Zit. nach: Karin Hartewig, a.a.O., S. 135.

*an mich gestellte Forderung, Israel zu verurteilen, war schon deswegen eine Gemeinheit, weil ein solches Ansinnen an keinen Nichtjuden gerichtet wurde.*²⁴

Was sich in solchen Szenen freilich auch zeigt, ist die Verschiedenheit zweier Dimensionen, auf der zu bestehen die aktuelle Geschichtspolitik durchaus nahelegt: Ein politischer Antizionismus, der die Aktualisierbarkeit antisemitischer Ressentiments latent in sich trägt, ist keine läßliche Sünde; er ist gleichwohl etwas fundamental anderes als der politisch programmierte, gesellschaftliche akzeptierte und bürokratisch implementierte Massenmord, dem niemand zu entgehen vermochte, der einer willkürlichen Markierung unterlag. Ein politisches System, das darauf beharrt, den Antisemitismus beseitigt zu haben, indem es ihm seine sozialökonomischen Grundlagen genommen habe, ist auch dann, wenn diese Selbstbeschreibung so nicht stimmt, von anderer Qualität als ein System, das den Antisemitismus in monströser Konsequenz zur zentralen Grundlage seiner Existenz erklärt. Daher steht derjenige, der es aus analytischen Gründen für unabdingbar hält, das DDR-System mit „totalitär“ auf den Begriff zu bringen, aus gleichen Gründen vor der Aufgabe, für das nationalsozialistische Deutschland eine begriffliche Beschreibung zu liefern, die Verwechslungen ausschließt.

Die 80er Jahre: Entspannungen als Bestätigung der Ambivalenzen

Die achtziger Jahre brachten verschiedene Entspannungen. DDR-Künstler konnten nach Israel reisen, Beziehungen zum Jüdischen Weltkongreß wurden angebahnt, jüdisch-deutsches Kulturerbe konnte nun *als solches* zur Kenntnis genommen werden,²⁵ das Gedenken an die Pogromnacht von 1938 rückte die ermordeten Juden als Opfer eines spezifischen Vernichtungswillens ins breite öffentliche Bewußtsein,²⁶ der Staatssekretär für Kirchenfragen reiste im Januar/Februar 1989 nach Israel. Doch gilt hier

²⁴ H. Eschwege, a.a.O., S. 278. Der Anschlußsatz in dieser Schilderung lautet übrigens: „Acht Jahre später“, nämlich im Februar 1990, „verlieh der gleiche Senat mir den Preis ebenso einstimmig.“

²⁵ Vgl. etwa für die offizielle DDR-Geschichtswissenschaft: Walter Schmidt: Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 8/1989, S. 692-714.

²⁶ Vgl. die seinerzeit beachtliches Aufsehen erregenden Publikationen von Rosemarie Schuder/Rudolf Hirsch: *Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte*, Berlin 1987 (die gleichwohl im wesentlichen einer sozio-ökonomisierenden Erklärung des Judenhasses verhaftet bleiben), und Kurt Pätzold/Irene Runge: *Pogromnacht 1938*, Berlin 1988.

wie bei anderen Aspekten unseres Thema, daß die Betrachtung auf permanente 'Aber' stößt:

Die Änderungen der 80er Jahre waren nicht zu übersehen, *aber* sie erfolgten weniger aufgrund gewandelter Positionen, sondern aus außenpolitischen Zweckmäßigkeitserwägungen heraus. Die DDR war zwar antifaschistisch, vermochte *aber* keine angemessene Position zum Holocaust zu entwickeln – nicht zuletzt, da sie schon an einer sachgemessenen Differenzierung von Faschismus und Nationalsozialismus scheiterte. Die DDR war internationalistisch, *aber* vorzugsweise gegenüber *nationalen* Befreiungsbewegungen, während sie vom sowjetischen Der-Klassenkampf-verschärft-sich-Denken die Frontstellung zum sog. Kosmopolitismus – die Juden als „wurzellose Kosmopoliten“ – übernommen hatte. Den Antizionismus pflegte die DDR als Bestandteil ihres außenpolitischen Konzepts – wofür sich unter Berücksichtigung des zeitgeschichtlichen Kontextes, d.h. der Blockteilung der Welt, noch nachvollziehbare Gründe angeben ließen –, *aber* sie immunisierte ihn nicht gegen den darin potentiell enthaltenen Antisemitismus. Die DDR war kein politisches System zum intentionalen Vollzug von Antisemitismus, *aber* insofern sie sich den Antisemitismus zu einem Nichtproblem zurechtdefinierte, erhielt sie ihn in sich als latent und gelegentlich aktualisierbar. Denn „solange der Antisemitismus als eine beständige Unterströmung des gesellschaftlichen Lebens existiert, erreicht sein Einfluß alle Bevölkerungsgruppen, und er kann durch die geeignete Propaganda immer wieder neu entfacht werden.“²⁷

„Jüdische Intellektuelle in der DDR“?

Von „jüdischen Intellektuellen in der DDR“ sprechen zu wollen, führt zu einer gewagten Verallgemeinerung: sie kann die polymorphe Struktur dieser Gruppe nicht widerspiegeln. Die so bezeichnete Gruppe umfaßt eine mit den Jahren der DDR immer kleiner werdende Schar jüdischer Bürger mit sehr unterschiedlichen (Über-)Lebenswegen, die sich nicht nur in ihren Erfahrungen und politischen Einstellungen unterschieden, sondern auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zur jüdischen Religion und Tradition usw. Gemeint sind damit Intellektuelle jüdischer Herkunft,

- für deren Selbstkonzept diese Herkunft gleichgültig oder von geringer Bedeutung war,
- für die aus dieser Herkunft eine besondere Sensibilität für den „Antisemitismus als einer beständigen Unterströmung des gesell-

²⁷ Max Horkheimer: Zur Tätigkeit des Instituts: Forschungsprojekt über den Antisemitismus, in: ders., Gesammelte Schriften Bd. 4, Frankfurt a.M. 1988, S. 379.

- schaftlichen Lebens“ resultierte oder/und für die u.U. kulturelle Bindungen aus dem Bewußtsein ihrer Herkunft erwachsen, was sich im übrigen mit einem bewußten Atheismus verbinden mochte,
- wie auch solche, die eine religiös begründete jüdische Identität besaßen.

Es gab jedenfalls nur wenige Intellektuelle in der DDR, die sich jüdisch verstanden haben – was wiederum kaum verwundert, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die jüdischen Gemeinden 1989 nur noch 400 Mitglieder hatten.

Noch mehr fächert sich das Spektrum dieser „Gruppe“ auf, sobald die Frage nach der jeweiligen Rolle in der DDR bzw. nach dem Verhältnis zur DDR gestellt wird. Dabei wiederum ist zu differenzieren, ob der Staat, das System, Partei(en), Kultur, Literatur der DDR usw. gemeint sind oder aber auch ein *deutscher* Staat, ein Teil Deutschlands, des Landes, von dem die größte Katastrophe der jüdischen Geschichte ausging. Dies veranschaulichen die biographischen Beiträge dieses Bandes. Sie belegen die Diversität persönlicher Konstellationen, die das jeweilige Verhältnis zur DDR und das individuelle Selbstverständnis als jüdischer Bürger entscheidend und sehr unterschiedlich prägten.

Desiderata der Forschung

Wie die Bibliographie²⁸ zeigt, findet sich die Thematik von Juden in der DDR in zahlreichen Publikationen von Biographien und Autobiographien über essayistische Aufsätze bis hin zu historischen Detailuntersuchungen und Quellenstudien wieder. Zu jüdischen Intellektuellen fehlt bislang eine Darstellung. Im vorliegenden Band soll daher der Versuch unternommen werden, durch übergreifende Ansätze der Erhellung politischer Strukturen einerseits und biographische Darstellungen andererseits, in der Konfrontation von Analyse und Erfahrungen Einblicke zu ermöglichen – Einblicke in die Vielgestaltigkeit der Existenz-, Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen wie die verschiedenen Formen des Selbstverständnisses und der Selbstbehauptung als Juden und Intellektuelle in der DDR.²⁹

Ein anderes Desiderat erweist die Bibliographie im übrigen auch: Völlig fehlen bislang Arbeiten, die sich einem Vergleich der DDR und der Bundesrepublik im Hinblick auf die geschichtspolitische Verarbeitung des Holocaust, das Verhältnis zu Israel, die Latenz von Antisemitismus, die Lebensbedingungen und die Selbstpositionierung von Juden oder die

²⁸ Vgl. S. 164-171.

²⁹ Schon frühzeitig wurden durch Günter Wirth, Berlin, wichtige konzeptionelle Hinweise und thematische Anregungen gegeben, was hier mit Dank vermerkt sei.

Wirkungsmöglichkeiten von jüdischen Intellektuellen widmen. Das muß verwundern. Denn wenn die „antisemitischen Tatsachen“ (Wolffsohn) der DDR mit der spezifisch deutschen Variante des Antisemitismus als „Unterströmung des gesellschaftlichen Lebens“ (Horkheimer) in Zusammenhang gebracht werden, dann bietet sich gewiß eines an: den Vergleich zu wagen, wie diese Unterströmung unter den Bedingungen von Demokratie, Öffentlichkeit und Meinungswettbewerb, also in der ehemaligen Bundesrepublik zivilisatorisch gezähmt werden konnte.

Es ließe sich eine Reihe offen antisemitischer Äußerungen von bundesdeutschen Politikern anführen, die vergleichende Studien nahelegten – etwa: „immer wo ein deutscher Geldbeutel klingelt, sind die Juden zur Stelle“. Ebenso schiene die darob regelmäßig einsetzende öffentliche Ächtung untersuchenswert: Wenigstens nach den stehenden Ovationen für Martin Walsers Friedenspreis-Rede liegt die Frage nahe, inwieweit solche Ächtungen lediglich Reflexe sind, die vielleicht auf außenpolitischen Erwägungen, aber jedenfalls nicht auf tiefergehenden Reflektionen zur Virulenz von Antisemitismus gründen. Die Lebendigkeit antisemitischer Stereotype und Ressentiments in der Bevölkerung³⁰ böte sich als Gegenstand ost-west-deutscher Vergleiche an, wie auch die geschichtswissenschaftliche und geschichtspolitische Holocaust-Verarbeitung lohnendes Thema komparatistischer Bemühungen sein könnte. Immerhin hatte die Goldhagen-Debatte nicht zuletzt den Blick auch auf das gelenkt, was dazu von der bundesdeutschen Geschichtsschreibung ausgeblendet worden war.

Zum mindesten könnte eine deutsch-deutsche Komparatistik manchen Abwehrreflex neutralisieren – nämlich einige der erkenntnishemmenden Reflexe, die immer dann aktiviert werden, wenn allein einer der beiden dem nationalsozialistischen Deutschland nachgefolgten Staaten zum Gegenstand diesbezüglicher Untersuchungen gerät.

³⁰ Vgl. für Westdeutschland den Überblick bei und die eigene Erhebung von Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen 1991.